

Abhandlungen

Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2014 und 2015



Von Proff. Jörg Künzli,



Andreas Lienhard,



Markus Müller,



Pierre Tschannen,



Axel Tschentscher,



Judith Wytenbach, Bern

Die Autoren haben die Besprechung der bundesgerichtlichen Urteile der Bände 140/141 bzw. aus den Jahren 2014/2015 untereinander aufgeteilt; angestrebt wird eine Konzentration auf die wichtigsten Entscheide, insbesondere zu Grundsatzfragen. Im Vordergrund der Besprechung stehen Bundesgerichtsentscheide des Bandes 140 bzw. unpublizierte Urteile aus dem Jahr 2014. Entscheide bis März 2015 (bzw. aus dem Band 141) sind punktuell berücksichtigt worden.

Die Beiträge sind mit den Namen des jeweiligen Autors gekennzeichnet.*

Inhaltsübersicht

I. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns (Axel Tschentscher)

II. Allgemeine Grundrechtslehren (Jörg Künzli)

III. Rechtsgleichheit und Willkürverbot

1. Rechtsgleichheit (Markus Müller)
2. Diskriminierungsverbot (Judith Wytenbach)
3. Willkürverbot und Treu und Glauben (Markus Müller)

IV. Grundrechte des Persönlichkeitsschutzes (Axel Tschentscher)

1. Menschenwürde und Verbot erniedrigender Behandlung

- 1.1 Häufige Leibesvisitationen
- 1.2 Anstachelung zum Selbstmord
- 2. Nothilfe
 - 2.1 Aktuelles Nothilfeinteresse
 - 2.2 Familie Tarakhel

- 3. Lebensrecht und persönliche Freiheit
 - 3.1 Schutzpflichten bei unplanmässigem Verlauf der Sterbehilfe
 - 3.2 Anordnung psychiatrischer Begutachtung
- 4. Kindeswohl bei Leihmutterschaft
- 5. Privatsphäre
 - 5.1 Präventive Ermittlung nach kantonalen Polizeigesetzen
 - 5.2 Rudimentäres Umgangsrecht
 - 5.3 Gefängnistelefonate mit der Familie
 - 5.4 Aufenthaltsbewilligung trotz Sozialhilfeabhängigkeit
- 6. Informationelle Selbstbestimmung – direkte grenzüberschreitende Datenerhebung
- 7. Recht auf Ehe – Visumsanspruch zur Eheschliessung
- 8. Unentgeltlicher Grundschulunterricht
 - 8.1 Kostenfreie integrative Sonderschulung
 - 8.2 «Ausreichende» öffentliche Schulung
- 9. Sprachenfreiheit – Unterrichtssprache Rumantsch Grischun

V. Glaubens- und Gewissensfreiheit (Axel Tschentscher)

VI. Kommunikationsgrundrechte (Axel Tschentscher)

- 1. Meinungsfreiheit
 - 1.1 Bettelei als Meinungsäusserung
 - 1.2 Anwaltliches Äusserungsrecht im Prozess
 - 1.3 Hitlergruss nicht immer Rassendiskriminierung
- 2. Medienfreiheit
 - 2.1 Ortsunabhängiger Quellenschutz
 - 2.2 Person der Zeitgeschichte
- 3. Niederlassungsfreiheit
 - 3.1 Wohnprinzip bei Restfinanzierung
 - 3.2 Unerlaubte Abschiebung von Sozialhilfeempfängern
- 4. Koalitionsfreiheit im öffentlichen Dienst

VII. Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit (Andreas Lienhard)

- 1. Eigentumsgarantie
 - 1.1 Sperrung von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen
 - 1.2 Nichtigerklärung einer eingetragenen Marke
 - 1.3 Netznutzungsentgelt für die Stromversorgung
 - 1.4 Enteignungsentschädigung
 - 1.5 Zuweisung eines Grundstücks zu einer Zone für öffentliche Bauten und Anlagen

2. Wirtschaftsfreiheit

- 2.1 Bewilligungspflicht für medizinische Apparate
- 2.2 Handel mit Arzneimitteln
- 2.3 Selbstständige Berufsausübung als Fachärztin
- 2.4 Anwaltswerbung
- 2.5 Tierhalteverbot
- 2.6 Zuteilung von Pachtland durch öffentlich-rechtliche Körperschaft

III. Andere verfassungsmässige Rechte (Pierre Tschannen)

- 1. Politische Rechte
 - 1.1 Verfahren
 - 1.2 Verhältniswahl
 - 1.3 Mehrheitswahl
 - 1.4 Referendum
 - 1.5 Behördliche Einflussnahme
- 2. Vorrang des Bundesrechts
- 3. Gemeindeautonomie
- 4. Gewaltenteilung

IX. Staatsverträge und Konkordate (Jörg Künzli)

X. Verfahrensgarantien (Judith Wyttenbach)

- 1. Allgemeine Verfahrensgarantien
 - 1.1 Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung (Verfahrensfairness)
 - 1.2 Anspruch auf rechtliches Gehör
 - 1.3 Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege
- 2. Rechtsweggarantie
- 3. Garantien in gerichtlichen Verfahren
 - 3.1 Anspruch auf ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht
 - 3.2 Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung
- 4. Garantien beim Freiheitsentzug
- 5. Garantien im Strafverfahren

I. Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns (Axel Tschentscher)

Weiterhin umstritten ist, ob man eine Verletzung der Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns ([Art. 5 BV](#)), insbesondere des Legalitätsprinzips und des Verhältnismässigkeitsprinzips, selbstständig rügen kann. In der Literatur gibt es immer wieder Vorschläge, wie entgegen

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunden zugänglich.

Abonnieren ↗

Kaufen ↗

🔑 Login